

**Brief
an die
Leser**

KLAUS HERRMANN

Lebenswichtig

Der hungrige Eisbär in der sibirischen Großstadt, Schlittenhunde, die über Wasser laufen, weil ihnen das Eis wegschmolz – zwei Bilder allein aus den vergangenen Tagen, die eindringlich auf die Klimakrise aufmerksam machen.

Und täglich kommen neue Meldungen dazu. Für kommende Woche prophezeien Meteorologen 40 Grad – in Österreich!

Ja, das, was manche verniedlichend als „Klimawandel“ titulieren, ist eine Klimakrise, die nicht nur jungen Leuten größte Sorgen bereitet, sondern auch deren Eltern und Großeltern.

Die „Kronen Zeitung“ hat sich dem Natur- und Umweltschutz seit Jahrzehnten verschrieben – kämpft gegen Eingriffe in die Natur, gegen Gentechnik, für ein gesundes Leben.

Der Klimakrise widmen wir uns auch längst. Jetzt, in den kommenden Monaten, werden vor und nach den Wahlen die Weichen in unserem Land in dieser lebenswichtigen Frage gestellt.

Die „Krone“ wird mit ihren Lesern gemeinsam genau hinterfragen, wie die heimische Politik damit umgeht.

Heute finden Sie auf den S. 8–10 ein aufrüttelndes Interview Conny Bischofbergers mit Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb. Sie fordert nachdrücklich: Es muss JETZT etwas passieren. Wir schließen uns dieser Forderung an!

Einen schönen Sonntag mit Ihrer „Krone“!


Geschäftsführender Chefredakteur

➤ SPÖ und FPÖ wollen Verbot ➤ ÖVP fordert Offenlegung

Das Hickhack um die

Seit Kurzem wissen wir: Die ÖVP ist um einige Großspender reicher, als bislang bekannt war. Um Großspenden künftig einen Riegel vorzuschieben, planen SPÖ und FPÖ gemeinsame Sache zu machen. Indes fordern die Türkisen, dass Rot und Blau vor der eigenen Tür kehren sollten. Laut Experten reicht ein Verbot allein nicht.

Die größten Parteispender in Österreich

IM ZEITRAUM VON 2012 BIS 2017 ANGABEN IN EURO

Frank Stronach	Team Stronach	23,2 Millionen
Hans-Peter Haselsteiner	NEOS	1,7 Millionen
FPÖ-Gemeindevertreterverband NÖ	FPÖ	902.278
SPÖ-Gemeindevertreterverband Wien	SPÖ	552.745
ILAG Vermögensverwaltungs GmbH	ÖVP	502.000
Klaus Ortner/IGO-Gruppe	ÖVP	438.000
Stefan Pierer (KTM)	ÖVP	436.563
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG	ÖVP	336.120
Förderverein Volkshäuser SPÖ Innsbruck	SPÖ	289.454
PPP Logistik GmbH	NEOS	200.000
Markus Braun	NEOS	180.000

Krone Grafik Quelle: Rechenschaftsberichte/Rechnungshof

Nach dem Aus für das Pflanzengift Glyphosat, den Rechtsanspruch auf einen Papa-Monat und der Entgeltfortzahlung für freiwillige Helfer zeichnet sich ab, dass Rot und Blau Anfang Juli erneut gemeinsame Sache im Parlament machen. Beide Parteien fordern ein

Verbot von Großspenden. Spießen dürfte es sich unter anderem noch an der Frage nach der Obergrenze. Während die SPÖ auf ein Verbot von Großspenden ab 10.000 Euro pocht, will die FPÖ ein solches schon ab 3500 Euro.

Am härtesten treffen würde ein Verbot zweifelsohne die ÖVP. Allein im Wahljahr 2017 haben die Türkisen summa summarum 4,4 Millionen Euro an Spenden eingenommen – weit mehr, als bislang bekannt war. Die ÖVP legte ihre Spenden offen, nachdem bekannt wurde, dass die IGO-Gruppe des Tirolers Klaus Ortner 438.000 Euro gespendet hatte. Umgangen wurde die Veröffentlichung durch die gesetzlich erlaubte Stücke-

Wiener SPÖ installiert eigene Leute im Bund

Faymann-Vertrauter wird Bundesbildungsvorsitzender

Der ehemalige Bundesgeschäftsführer, Ex-Kabinettschef von Ex-Kanzler Werner Faymann und Wiener Landtagsabgeordnete Gerhard Schmid wird Bundesbildungsvorsitzender der SPÖ. Er wurde mit 93,5 Prozent der Stimmen gewählt und folgt in dieser Funktion Wiens Bürgermeister Michael Ludwig nach.

Erst Anfang Juni holte SPÖ-Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner auf Ludwigs Empfehlung Christian Deutsch als Wahlkampfleiter in die Bundespartei – er kommt ebenfalls aus den Reihen der Wiener SPÖ und gilt wie Deutsch als Faymann-Vertrauter. Apropos Rendi-Wagner: Sie hat nun ihrem Vorgänger Christian Kern nach dessen Sager („Hoch gewinnt die SPÖ das nimmer“) gekontert. Dessen Wahlkampf 2017 war „ein holpriger, ich will nicht, dass sich das wiederholt“.



Gerhard Schmid

Foto: Jürgen Radspieler

FRAGE DES TAGES

Nach ÖVP: Sollen auch andere Parteien Großspender offenbaren?

Ja 95%
Nein 5%

KRONE.AT-VOTING
30.118 TEILNEHMER, Stand 20 Uhr

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT



Es bleibt ein Rätsel, warum Menschen für politische Parteien spenden. Heutzutage gäbe es so viele Möglichkeiten, das Geld sinnvoll einzusetzen.

von anderen Parteien ➔ Experte plädiert für Transparenzregeln

Großspenden geht weiter

lung der Großspenden. Generalsekretär Karl Nehammer fordert nun von den anderen Parteien, es der ÖVP „gleichzutun“ und ihre Spenden ebenfalls offenzulegen.

Wichtiger als Verbote sind Transparenzregeln

Während SPÖ und FPÖ ein Ablenkungsmanöver seitens der ÖVP orten, sagt Politikwissenschaftler Peter Filzmaier: „Nicht zu Unrecht. Alle größeren Parteien stehen in Sachen Parteispenden unter Generalverdacht, mindestens die Grauzonen ausgenutzt zu haben.“ Ein Beispiel: Im Ibiza-Video hatte Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache behauptet, dass Spenden über parteinahe Vereine an die FPÖ geschleust werden, ohne sie an den Rechnungshof zu melden. Filzmaier erinnert auch daran, dass der SPÖ vorgeworfen wird, Wahl-

kampfausgaben über Vereine getätigt zu haben. Über ein Großspendenverbot solle man laut Filzmaier „erst dann diskutieren, wenn es keine Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten mehr gibt“. Was es zuerst brauche, seien bessere Transparenzregeln, ein Großspendenverbot allein nütze wenig. S. Schieder

FPÖ-Chef Norbert Hofer und SPÖ-Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner wollen ein Verbot von Großspenden. Zurückhaltender gibt sich ÖVP-Chef Sebastian Kurz.



Fotos: EXPA/ Lukas Huter (2), Franz Neumayr



Unser Sozialsystem muss die grundlegenden Risiken des Lebens absichern.

ÖVP-Chef Sebastian Kurz

Die Steuer- und Abgabenquote soll sich nicht erhöhen

ÖVP will Pflegeversicherung nach deutschem Modell

Derzeit gibt der Staat fünf Milliarden Euro für die Pflege aus – und dieser Betrag wird bald rapide steigen, denn bis 2028 wird es um ein Drittel mehr Pflegebedürftige geben. Um all das künftig auch bezahlen zu können, spricht sich die ÖVP für eine Pflegeversicherung aus.

Ein umfassendes Konzept für die Pflegevorsorge – das ist eines von fünf Themen, mit denen Sebastian Kurz im (Vor-)Wahlkampf punkten will. Wie dieses aussehen soll, will der ÖVP-Chef morgen bekannt geben. In der Finanzierungsfrage positioniert er sich schon jetzt: eine Pflegeversicherung soll als

fünfte Säule der Sozialversicherung – neben Kranken-, Pensions-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung – eingeführt werden.

In Deutschland gibt es dieses Modell bereits seit dem Jahr 1995. Die Beiträge werden von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezahlt – analog zur Sozialversicherung in Österreich.

Der ehemalige Koalitionspartner der ÖVP sprach sich im März noch ungewohnt deutlich gegen das deutsche Modell der Pflegeversicherung aus. Der damalige FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz erklärte dieses damals für „gescheitert“. Davon wenig begeistert ist die FPÖ nicht zuletzt deshalb, weil eine fünfte Pflichtversicherung die Lohnkosten erhöhen würde. Laut ÖVP soll es zu keiner Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote kommen. SAS



In Würde altern können wünschen sich alle